

MISSTRAUENSANTRAG

Gem. § 55 GOG-NR

der Abgeordneten KO Kickl, Dr. Susanne Fürst
und weiterer Abgeordneter

betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber der Bundesregierung und den Staatssekretären

eingebraucht in der 181. Sitzung des Nationalrates am 2. November 2022 im Zuge der Debatte über den dringlichen Antrag der Abgeordneten Mag. Jörg Leichtfried, Genossinnen und Genossen an den Bundeskanzler betreffend ÖVP-Korruption beenden statt aussitzen - Sofortmaßnahmen zur Stärkung von Transparenz, Aufklärung und Anstand sowie Neuwahlen als einziger Weg

Die Krisen, denen sich die Bundesregierung gegenüber sieht, sind vielfältig: enorme Teuerungsraten, größere illegale Einwanderungsströme als 2015, geschürte Verunsicherung ob des Coronavirus, der Ukraine-Krieg und als „Begleitmusik“ ständig neue Vorwürfe korrupten Verhaltens im politischen Nahefeld der Volkspartei. Die Minister und Staatssekretäre von ÖVP und Grüne sind in ihrer Untätigkeit gelähmt, mit letzter Kraft arbeitet man nicht für die Österreicher, sondern klammert man sich an die lieb gewonnenen Posten.

Seit der Angelobung der Bundesregierung aus ÖVP und Grünen wird diese in immer kürzeren Abständen von Skandalen eingeholt, die Personalrochaden nötig machen und Streit verursachen. Insgesamt 14-mal wurden Mitglieder dieser Regierung ausgewechselt – ein einsamer Rekord in der Geschichte der Zweiten Republik. Was den Menschen als „das Beste aus beiden Welten“ verkauft wurde, steht schon längst vor einem Trümmerhaufen. Versierte Beobachter sind sicher: Das Einzige, was diese Regierung noch zusammenhält, ist die Angst vor Neuwahlen.

In den letzten knapp zweieinhalb Jahren hat diese Bundesregierung immer mehr an Vertrauen in der Bevölkerung verloren. Jüngsten Umfragen zufolge kommen die beiden Regierungsparteien in der Sonntagsfrage zusammen nicht einmal mehr auf ein Drittel der Stimmen.

Die Liste an Krisen und vertagten Problemen wird indes immer länger:

1. Lähmung durch Korruptionsvorwürfe

Die Bundesregierung und allen voran die Kanzlerpartei ÖVP hat dem Ansehen unseres Landes massiv geschadet. Freunderlwirtschaft und der Missbrauch von staatlichen Institutionen und Steuergeld für parteipolitische Zwecke – das korruptive System der Türkise reicht weit in die Gegenwart der wieder eingeschwärzten

Volkspartei hinein und lähmt die Bundesregierung. ÖVP-Bundeschancellor Nehammer, der auch maßgeblicher Teil der Ära Kurz ist, äußert sich nicht, ob er dazu bereit ist, einen Beitrag zur lückenlosen Aufklärung zu leisten, und ob er als Parteichef der ÖVP gedenkt, den Schaden, den seine Partei angerichtet hat, wiedergutzumachen. Die Österreicher haben jedoch ein Recht darauf, das zu erfahren.

Es scheint vielmehr als laute das Motto „Weiter wie bisher“. Bundeskanzler Nehammer will an Wolfgang Sobotka als Nationalratspräsident sowie an August Wöginger als ÖVP-Klubchef trotz der umfangreichen und schwerwiegenden Vorwürfe des früheren Finanzministeriums-Generalsekretärs Thomas Schmid festhalten. „Ich habe keinen Grund, an den Aussagen der von Ihnen genannten Personen zu zweifeln“, so Nehammer am Rande eines EU-Gipfels in Brüssel auf eine entsprechende Frage. Die Menschen hätten einen Anspruch darauf, dass die Politik sich um „echte Krisen“ kümmert. – Von „tätiger Reue“ fehlt wie auch von einem tatsächlichen Krisenmanagement jede Spur.

Fragen an den Regierungschef nach dem Ministerrat zur ÖVP und zum Fortbestand der Koalition mit den Grünen waren für Journalisten zuletzt nicht möglich. Nach seinem Amtsantritt im Dezember 2021 hatte ÖVP-Bundesparteiobmann Bundeskanzler Karl Nehammer noch betont, die ÖVP habe kein Korruptionsproblem. Jetzt erklärte der ÖVP-Chef in einer dünnen Stellungnahme gegenüber der APA nur, er fordere „volle Aufklärung“ durch die Justiz. Die Vorwürfe würden „die Vergangenheit betreffen“, so Nehammer, der aber unter in genau dieser Vergangenheit unter ÖVP-Obmann und Kanzler Sebastian Kurz ÖVP-Generalsekretär war.

2. Größere Migrationswellen als 2015: Pushbacks statt Zeltstädte

Obwohl sogar der ÖVP-Innenminister Karner jüngst zugeben musste, dass es gegenwärtig eine illegale Migrationswelle – überwiegend durch Menschen aus Ländern ohne Chance auf Asyl – gibt, weigert er sich, konkrete Maßnahmen zu setzen. Die Bundesregierung setzt statt echten Abwehrmaßnahmen lieber auf Asyl-PR ohne Aussicht auf Erfolg. Mit Marketing-Kampagnen wird man keinen illegalen Migranten davon abhalten, nach Österreich zu kommen. Die einzig wirksamen Mittel sind ein konsequenter Grenzschutz, das Legalisieren von „Pushbacks“ sowie das Aussetzen von Asylanträgen auf österreichischem Gebiet. Österreich ist von sicheren Drittstaaten umgeben. Laut Dublin-Regelung ist das Asylverfahren dort durchzuführen, wo ein Asylwerber erstmals sicheren Boden betritt – und das ist in der Regel nicht Österreich.

Statt auf ein Maßnahmenbündel wie den 20-Punkte-Plan der FPÖ zur „De-Attraktivierung“ Österreichs als Zielland für Migration setzt die Bundesregierung auf Zeltstädte und verschweigt sich ob der jüngsten Serien sexueller Gewalt gegen Frauen durch Migranten in Wien. Vor dem Hintergrund dieser Problemlage braucht es dringend ein Dashboard mit wöchentlich aktualisierten Zahlen der neu angekommenen illegalen Migranten. Die Monatsstatistiken, auf die Innenminister

Karner verweist, sind bei weitem nicht ausreichend und werden zudem mit großem zeitlichem Verzug veröffentlicht.

3. Teuerung: Kostenlawine ohne Aussicht auf Entlastung

Mit ihrer Untätigkeit im Kampf gegen die Teuerung hat die schwarz-grüne Bundesregierung eine soziale Krise von ungeahntem Ausmaß angefacht. Die Teuerung hat im September die Grenze von 10 Prozent gesprengt. Derartige Inflationsraten hat Österreich seit rund 40 Jahren nicht mehr gesehen.

Die Inflation schlägt dabei vor allem bei jenen Gütern zu, die für die Bürger unverzichtbar sind. Hauptbetroffen sind die Bereiche Verkehr und Wohnen, beide vor allem getrieben durch explodierende Energiepreise sowohl für Treibstoff als auch für Strom und Gas. Die Teuerung macht sich jedoch auch in vielen anderen Bereichen – etwa bei Nahrungsmitteln – bemerkbar und wird dort durch die gestiegenen Kosten für Produktion und Transport von Gütern weiter anwachsen.

Der größte Profiteur der Teuerung ist der Staat. Durch die Mehrwertsteuer schneidet der Finanzminister bei jeder Preissteigerung kräftig mit. Der Regierung kommt die Inflation gar nicht ungelegen, hat sie den Staat doch in den letzten beiden Jahren massiv neu verschuldet, indem sie milliardenschwere Hilfspakete für die Kosten völlig unwirksamer Corona-Lockdowns geschnürt hat, anstatt die Unternehmer und Arbeitnehmer weiter arbeiten zu lassen. Anstatt endlich gegenzusteuern, facht die schwarz-grüne Regierung die Teuerung durch die CO₂-Steuer weiter an. Im Oktober wurden Benzin und Diesel um knapp 10 Cent pro Liter teurer. Trotz der explodierenden Preise hält die Bundesregierung an diesem Anschlag auf die Brieftaschen der Österreicher fest. Bereits im Jänner 2023 kommt es zur nächsten CO₂-Steuererhöhung.

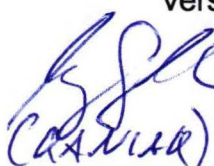
Massiv angefacht wird die Teuerung durch den Krieg in der Ukraine. Anstatt alle Kraft für einen Stopp der Kampfhandlungen und eine Verhandlungslösung einzusetzen, heizen die europäischen – und auch die österreichischen – Spitzenpolitiker die Eskalation durch immer härtere Sanktionen gegen Russland weiter an. Sie ignorieren dabei ihre Verantwortung für die eigenen Bürger, die unter den Sanktionen ebenfalls zu leiden haben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

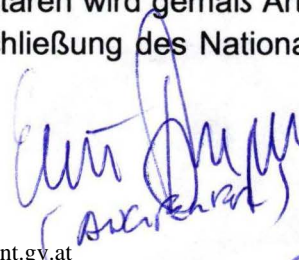
Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesregierung und den Staatssekretären wird gemäß Art. 74 Abs. 1 iVm Art. 78 Abs. 2 B-VG durch ausdrückliche Entschließung des Nationalrats das Vertrauen versagt.“


(CORNELIA)
21/11


(FORST)


(KLOESCH)


(DURNBERGER)


SCHENCK

